
Editorial

Globale Finanzmarktkrise, Austeritätspolitiken und neue regionale Ungleichheit – passt hier überhaupt etwas zusammen?

**HANS-JOACHIM BÜRKNER, HANS-DIETER VON FRIELING,
WOLFGANG KRUMBEIN UND MICHAEL MIESSNER**

Die globale Finanzkrise war zuerst ein sektorales Problem des Finanzmarktes, dann aber zunehmend auch ein nationales – so schien es zunächst. Spekulationsblasen, Bankensterben, Kreditklemmen und aufkommende Währungskrisen deuteten auf eine schwere globale Krise hin, die schwerste nach dem Börsencrash Ende der 1920er Jahre. Ihre Folgen sickerten, so zeigte sich bald, auf die National- und Regionalökonomien durch – alte Ungleichheiten wurden verschärft, es gab Krisengewinnler und -verlierer. Dies wurde besonders deutlich in der Eurozone sichtbar. Staaten mit Exportorientierung und Außenhandelsüberschuss wie die Bundesrepublik Deutschland wurden im Ergebnis von den Turbulenzen der Finanzmarktkrise weniger erfasst als alte Peripherien, für die sich die Kombination von Bankenkrisen, rasch zunehmender Staatsverschuldung und eingeschränkten Zugängen zu Krediten innerhalb weniger Monate zu handfesten nationalen und regionalen Überschuldungskrisen auswuchs. Griechenland, Spanien, Portugal, nach einiger Zeit auch Italien – die alten Disparitäten innerhalb der EU wurden offensichtlich verschärft. Konträre wirtschaftspolitische Vorstellungen, wie der Krise zu begegnen sei, führten rasch zum Streit zwischen EU-Kommission, Europäischer Zentralbank, Sparposteln aus den Reihen der stärkeren EU-Staaten und in die Defensive gedrängten «Schuldern». Die einflussreiche deutsche Regierung, allen voran Merkel und Schäuble, behaupteten umstandslos zu wissen, worauf sie die ärmeren EU-Partner einschwören mussten: Wo Haushalte schwächeln, muss gespart werden. Mit Steuermitteln betriebene Bankenrettung auf der einen Seite und Austeritätspolitik auf der anderen Seite waren und sind weiterhin das Gebot der Stunde. Die EU-Kommission und die EZB machten sich diese Maxime ebenfalls zu eigen. Wer nicht spart, wird politisch unter Druck gesetzt und abgestraft – zuletzt war dies nach den «Anti-EU»-Wahlen in Griechenland deutlich zu beobachten.

Spätestens mit der Krise in Griechenland war die Frage der richtigen Antwort auf die Finanzkrise kontrovers geworden. Die unübersehbaren ökonomischen Folgen der Krise – regional unterschiedlich ausgeprägte Kreditklemmen, Wachstumseinbrüche, massive Zunahme der Arbeitslosigkeit sowie Branchenkrisen in der Warenproduktion und in angelagerten Dienstleistungen – führten auf der einen Seite zum (manchmal noch recht verschämten) Aufbegehren der Peripherie und Forderungen nach neuen Strukturpolitiken und wachstumsfördernden Maßnahmen. Auf der anderen Seite beharrten die EU-Kommission sowie die Nord- und Ost-Mitgliedstaaten – mit der deutschen Bundesregierung an der Spitze – in seltener Einmütigkeit auf der Fortsetzung der alten Austeritätspolitik.

Die Einhaltung der Sparziele nach den Vorgaben der Troika und die Einleitung zielführender «Reformen» wurden unablässig angemahnt, jedwede Hoffnung auf Schuldenerlass und eine veränderte Wirtschaftshilfe enttäuscht.

Die wissenschaftlichen Diskurse des Mainstreams folgen dieser Austeritätsfixierung der herrschenden Politik auf eine eigentümliche Weise. Sie dokumentieren die Ansatzpunkte der Austeritätspolitik, beschreiben ihre (vermeintlichen) Folgen, hinterfragen hin und wieder auch eine völlig lernunfähige Sparpolitik (vorsichtige Kritik kommt u. a. aus den USA, bisweilen auch vom IWF, vgl. Blanchard 2015). Sofern unterschiedliche räumliche Betrachtungsebenen ins Spiel kommen, konzentrieren sie sich auf eine nationale und eine städtische Ebene. Eine dezidiert regionale Ebene, die in der Vergangenheit in den ökonomischen Krisenanalysen zur EU eine wichtige Rolle spielte, vermisst man derzeit, von gelegentlichen Ausnahmen abgesehen (vgl. BBSR 2011, Schamp 2012). Die nationale Ebene wird adressiert, indem die unterschiedlichen Wachstumspfade und die heterogenen gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen der einzelnen Nationalstaaten betont werden (so z. B. von Heinze 2013). Die auf ein «Beggar my neighbour» zielenden Agenda-Politiken werden dabei als wichtige Ursachen für die unterschiedlichen Krisendynamiken in Europa ausgemacht (z. B. Becker 2011, Becker/Jäger 2009, Lehnendorff 2012). Die städtische Ebene wird paradoxerweise in den stärker regionalwissenschaftlich und geographisch orientierten Diskussionen zur Finanzkrise hervorgehoben. Kürzungen der öffentlichen Haushalte, Produktionsrückgänge und Entlassungen in kriselnden Branchen, das Platzen der südeuropäischen Immobilienblasen, Investitionsdefizite und wachsende Infrastrukturprobleme werden hauptsächlich als städtische Probleme begriffen (Donald et al. 2014, Peck 2012). Einschlägige wissenschaftliche Tagungen (z. B. «Urban Austerity» im Dezember 2014 in Weimar, siehe Tagung Urban Austerity 2014) haben diese Orientierung der Debatte erst kürzlich vertieft.

Über die Ursachen der Polarisierung der Betrachtungsebenen kann im Moment nur spekuliert werden. Vielleicht folgten die Forschenden den öffentlichen Diskursen, in denen städtische Erscheinungsformen der Krise und darauf ausgerichtete Sparpolitiken offensichtlich am leichtesten thematisierbar waren. Die Probleme konnten mit Anspielungen auf den alltäglichen urbanen Erfahrungshorizont der Bevölkerung wohl noch am ehesten verständlich gemacht werden. Ein weiterer Anstoß zur Beschränkung der Raumwissenschaften auf die Stadt mag aber auch darin liegen, dass die Forschenden immer weniger Möglichkeiten ausmachen, sich den aktuellen politischen Schwerpunktsetzungen zu entziehen. Die neoliberale Politik hat die Regionalpolitik weitgehend aufgegeben und setzt stattdessen auf Standortkonkurrenz und endogene Entwicklung, das heißt in der Regel auf *lokale* Entwicklung, wenn man z. B. den Clusterpolitiken folgt. Im Markt für Standorte haben Städte bzw. Agglomerationen in der Regel Vorteile. Daher fokussiert sich das politische, das öffentliche und das Investoreninteresse auf die Stadt – und die kritische Wissenschaft auf die sozialen Folgen in der Stadt.

Mit der Konzentration der Analysen auf den Zusammenhang von Krise und Stadt werden allerdings zentrale Problemkonstellationen tendenziell ausgeblendet. So fallen bspw. nicht nur die Regionalökonomien insgesamt, sondern auch die Lebensbedingungen von mehr als 50% der bundesrepublikanischen Bevölkerung (d. h. derjenigen Bevölkerung, die nicht in Städten lebt) aus dem Analyseraster heraus. Auch die Frage, inwieweit die oh-

nehin wachsenden Disparitäten zwischen den Metropolen und den (Rest-)Räumen Europas durch Finanzkrise und Austerität beeinflusst werden, bleibt größtenteils unbeachtet. Diese Ausblendung trägt dazu bei, dass aufschlussreiche (soziale wie ökonomische) Erscheinungsformen und Folgen der Krise sowie auch der Krisenabwicklung nicht angemessen diskutiert werden können. Auf der regionalen Ebene kommen nämlich noch ganz andere Krisenschäden in den Blick als die in den Großstädten: ländliche bzw. kleinstädtische Armut, forcierte Abwanderung, der Verfall der öffentlichen Infrastruktur und ein fortschreitender Ressourcenschwund, der in immer schrofferem Kontrast zu immer nachdrücklicher artikulierten neoliberalen Imperativen der Mobilisierung der eigenen «Stärken» steht. Es handelt sich dabei um Probleme, die die Politik schon seit geraumer Zeit abgeschrieben hat und an die sie nicht gern erinnert werden möchte. In der Krise bietet sich nun die Möglichkeit, diese Abschreibung, die vielerorts als willkürlich oder sprunghaft erschien, nachträglich zu legitimieren und prospektiv auszubauen. Während in den 1990er Jahren die «Region» noch der Hoffnungsträger für Wachstum war (Cluster, Innovationsnetzwerke usw.) und entsprechend gefeiert wurde, sind viele (außerstädtische) Regionen jetzt nur noch ein Sozialfall, der sich umstandslos dem Wachstumsdiktat zu unterwerfen hat (Verbilligung der Arbeitskraft, Entwertung endogener Ressourcen, Ausbau der Reservearmeen für die Arbeitsmärkte der Zentren...). Ihr Abstieg erscheint entweder als selbst verschuldet oder von höheren Mächten – den unerreichbaren globalen Finanzmärkten – verursacht, in beiden Fällen also als irrelevant für regionale oder nationale Politik. Selbstverständlich ist dies zunächst eine These, die erhärtet werden muss. Sie bietet aber einen möglichen Ansatzpunkt für weiterführende Theoriearbeit.

Apropos Theorie: Die Debatte im wissenschaftlichen Mainstream krankt in der Tat an Deutungen der beobachteten Krisenphänomene, die kaum ernsthaft als theoretisch begründet bezeichnet werden können. Deskriptive Bestandsaufnahmen der eingetretenen Verteilungsdefizite, Ungleichheitsrelationen und städtischen Krisen herrschen vor (z. B. BBSR 2011, Akademie für Raumforschung und Landesplanung 2010). Angesichts der keineswegs eindeutigen Verortbarkeit der Ursachen von Finanzmarktkrise und nationalen (bis hin zu subnationalen) Ungleichheitsformen besteht die Gefahr, dass wichtige Fragen erst gar nicht gestellt werden – und dass somit die empirischen Beschreibungen den tatsächlichen Krisenentwicklungen nicht gerecht werden. So findet sich in der Debatte häufiger die Vorstellung, dass die Zunahme städtischer Arbeitslosigkeit, die schwindenden Spielräume für lokale Haushalte usw. jeweils eindeutig auf die vorgängige Finanzmarktkrise zurückführbar seien (für steuerungspolitische Diskurse siehe z. B. Österreichischer Städtetag 2009; für sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Positionen siehe Brand 2015; Rosenfeld 2009; Klus 2013: 36ff.). Dies klingt zwar plausibel, häufig ist aber der Wunsch (nach einfachen Erklärungen) der Vater des Gedankens. Ohne überzeugende theoretische Annahmen zum «Durchschlagen» des «Finanzmarktkapitalismus» auf lokale, regionale und nationale Ökonomien müssen empirische Verweise auf das vermeintlich Offensichtliche grundsätzlich mit Vorsicht behandelt werden. Auch die jüngere These der Normalisierung, teilweise sogar der Stärkung der «Realwirtschaft» nach einer zwischenzeitlichen Destabilisierung durch die Finanzmarktkrise steht eher als alltägliche Vermutung im Raum denn als theoretisch und empirisch abgesicherter Befund. So erscheint bspw. die Annahme, im Zusammenhang mit politisch regulierten Bankeninsol-

venzen könnten private Unternehmen eine positive Katharsis erfahren (Korte 2013), trotz des Versuchs einer empirischen Untermauerung im Moment noch als Ausdruck des auf Reputation bedachten politischen Wunschenkens finanzwirtschaftlicher Stakeholder.

Angesichts der bisherigen Engführung der Debatte ist es an der Zeit, in vier wichtigen Punkten eine Öffnung und Justierung anzumahnen.

Erstens ist die Frage nach den Raumbezügen der Finanzmarktkrise so weit wie möglich zu öffnen. Wenn schon innerhalb der politischen Finanzmarktdebatten, aber auch der EU-weiten Diskurse über die Rettung angeschlagener Peripherien die regionale Ebene zumindest implizit mitgedacht wurde, kann sie im wissenschaftlichen Diskurs nicht ins Abseits gestellt werden. Wie sonst könnten politische Steuerungsversuche, die die Regionen unmittelbar tangieren, angemessen erfasst werden?

Zweitens muss die Frage nach dem Verhältnis zwischen Finanzmarktkrise und den Regionen bzw. regionalen Disparitäten wesentlich präziser und zugleich differenzierter gestellt werden als bisher. Dabei gehören vor allem alte Denkgewohnheiten auf den Prüfstand. Eine dieser Gewohnheiten bezieht sich auf materialistische Annahmen zur Art und Weise, wie sich Produktionsverhältnisse, aber auch Krisen dieser Verhältnisse, räumlich artikulieren. Wir haben uns daran gewöhnt, David Harveys Begriff des *spatial fix* für bare Münze zu nehmen und dabei die wichtigere zeitliche Komponente aus dem Blick verloren (Belina 2011). Demzufolge zieht eine bestimmte Produktionsstruktur oder ein bestimmtes Arrangement an Produktionsfaktoren jeweils eine bestimmte Verräumlichungsform nach sich. Industriestandorte und -regionen werden damit ebenso beschrieben wie wirtschaftliche Verflechtungen, die sich an Zentren und Peripherien sowie deren veränderliche Beziehungen zueinander knüpfen. Dass Finanzmarktkrisen an den Basisannahmen dieses produktionsbezogenen Konzepts kratzen, liegt unmittelbar auf der Hand. Wenn Investitionen vermehrt in Immobilien und gebauter Umwelt (in Harveys «sekundärem Kapitalkreislauf», siehe Harvey 1978) getätigt werden, stellt sich ja nicht nur die Frage, ob hier Kapital «geparkt» wird, weil die Renditeaussichten im produktiven Sektor schwach und unsicher sind. Es geht auch darum, ob dadurch auch eigene, neue räumliche Muster und Disparitäten entstehen. Wenn große Mengen von – sektoral, zeitlich wie räumlich – hochmobilem Geldkapital nach schnellen, attraktiven Anlagemöglichkeiten suchen, findet dann auch eine räumliche Entbindung dieses volatilen, mobilisierten Kapitals statt, und wenn ja, in welcher Form? Waren bereits in der Vorkrisenzeit die regionalen Effekte von Hedge-Fonds-Investitionen und veränderten Kreditvergaben an den produktiven Sektor weitgehend unerforscht, so sorgen nunmehr die jüngeren Kapitalmigrationen und wiederum veränderte Kreditusancen vollends für Verwirrung.

Drittens muss kritisch diskutiert werden, ob und wenn ja, welche Veränderungen die Austeritätspolitiken im Gefolge der Finanzmarktkrise erfahren haben. Viele staatliche Sparzwänge wurden auf lokaler und regionaler Ebene bereits lange vor der Finanzmarktkrise im Rahmen neoliberaler Regime formuliert und festgeschrieben, etwa als Non plus ultra der Wirtschaftsförderung und der politischen Steuerung durch Kommunen und andere Gebietskörperschaften. EU-Politiken der «smart specialisation» empfehlen den Regionen eine Besinnung auf ihre Stärken, um im Wettbewerb der Standorte bestehen zu können (Benner 2013; European Commission 2014). Zugleich wird ihnen eine Abkehr von «Fördermentalitäten» und Ausgleichsansprüchen nahegelegt. Auch hier ist Austeri-

tät ein älteres politisches Gebot – freilich mit nicht zu übersehenden Folgen für die Regionen. Während relativ reiche Regionen von der Konzentration verbliebener Fördermittel auf Ertrag versprechende Aktivitäten zusätzlich profitieren, werden ärmere Regionen mit geringen Entwicklungspotenzialen zusätzlich vernachlässigt und ausgebremst. Angesichts derartiger Entwicklungen müsste erst einmal theoretisch und empirisch plausibel gezeigt werden, welche grundsätzlich anderen Disparitäten krisenorientierte Austeritätspolitik jeweils hervorbringen.

Viertens muss eine an Finanzmarktkrisen und Austeritätspolitik orientierte Forschungsperspektive in der Lage sein, von den Einzelbeobachtungen abzusehen und allgemeine Regelhaftigkeiten stärker in den Blick zu nehmen. Im Anschluss an den zuletzt genannten Punkt kann die *allgemeinere* Frage gestellt werden, ob die Finanzkrise originäre Disparitätenbildungen hervorgebracht hat oder ob sie lediglich dazu beigetragen hat, bestehende Disparitäten zu verschärfen. So lässt sich die These entwickeln, dass die Finanzkrise die politischen und ökonomischen Profite der Gewinner und zugleich die Verluste der Verlierer überproportional verstärkt. Sie vergrößert demzufolge die Amplituden der jeweiligen Disparitätenentwicklungen. Nicht nur die allgemeine Diskussion, sondern auch die Beiträge dieser Ausgabe der Zeitschrift *Emanzipation* beziehen sich bereits in der einen oder anderen Weise auf diese Vorstellung. Inwieweit sie allerdings tragfähig ist, kann erst dann gesagt werden, wenn das bestehende Theoriedefizit zu den Folgen der Finanzmarktkrise abgebaut worden ist.

Wir gehen davon aus, dass eine plausible theoretische Verbindung zwischen Finanzmarktkrise und Regionalentwicklung vor allem mithilfe der Kategorie «Ungleichheit» hergestellt werden kann. Ungleichheit, die sich aus Zentrum-Peripherie-Dynamiken und den Zentralisierungs- bzw. Polarisierungseffekten der neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik vor der Finanzmarktkrise rekonstruieren lässt, kann den Status einer vorläufigen Grundlage für das «Durchschlagen» der Krise auf die regionale Ebene erhalten. Um gleich noch einmal die Amplitudenthese zu bemühen: Die Vorstellung, dass die Finanzmarktkrise auf die Regionen «durchschlägt», setzt voraus, dass es besondere Annahmen zum Verhältnis von allgemeiner (nationaler, globaler) ökonomischer Entwicklung und Regionalentwicklung gibt. Eine derartige Annahme könnte lauten: «Da es im Gefolge der Finanzmarktkrise keine nennenswerten struktur- oder wachstumsorientierten politischen Korrekturen gegeben hat, weder auf EU-Ebene noch auf Ebene der einzelnen Mitgliedsländer, schlagen allgemeine Trends (der Finanzialisierung, langfristiger Trend sinkender Inflationsraten und zurückgehender Zinssätze) bereits früh auf die Regionen durch.» Die Frage, in welcher Weise dies geschieht, ob es sich um originäre (das heißt vom Finanzmarkt angestoßene) disparitäre Entwicklungen handelt und welche Steuerungsalternativen zur Verfügung stehen, sind dann unmittelbar theorierelevant. Allein die relativ einfache Frage nach tragfähigen theoretischen Kategorien zeigt somit, dass wir es hier nach wie vor mit einer Forschungslücke größeren Ausmaßes zu tun haben. Theoretisch besser durchdacht werden muss auch die empirische Beobachtung, dass Austeritätspolitik in der Regel mit einem ausgesprochenen Korrekturverzicht daherkommt. Dieser Verzicht folgt erkennbar zwei Logiken, die sich vermutlich gegenseitig stützen:

Zum einen handelt es sich um die Transformation krisenunabhängiger neoliberaler Steuerung in eine krisenspezifische soziale Regulationslogik. Dass Wachstum auch unter

Krisenbedingungen als Ziel notwendig ist, ist zunächst unbestritten. Nur: wie ist es ins Werk zu setzen? Die europäischen und nationalen Austeritätspolitiker wollen Wettbewerbsfähigkeit herstellen und erzwingen, indem sie die Kosten für das Kapital senken. Konsequenter Weise fordern sie die Verbilligung der Arbeitskraft (mit der Folge weit verbreiteter Verarmung) und der Staatsfinanzierung. Sie halten diese Forderungen für alternativlos: Wachstum muss unter allen Umständen auf genau diese Weise erzwungen werden, ohne Rücksicht auf eine soziale Mindestabsicherung der Bevölkerung, ohne Rücksicht auf Souveränitätsansprüche, um das Vertrauen der «Märkte» wieder zu gewinnen. Der Korrekturverzicht besteht, genauer gesagt, in dem Verzicht auf eine umfassende Strategie, die Wachstum und soziale Absicherung gemeinsam zu gesellschaftspolitischen Zielen erklärt. Er wird unversehens zu einer gravierenden – obwohl nicht deklarierten – sozialen Offensive. Dies wiederum hat unmittelbar eintretende regionale Folgen, weil der strategischen Vernachlässigung der Peripherien durch vagabundierende Investoren nichts mehr entgegengesetzt werden kann. Wenn das Kapital den (nationalen/regionalen) Standort nicht für attraktiv erachtet, dann müssen Bevölkerung und Staat dieser Bedeutungslosigkeit angepasst werden, das heißt in aller Regel: schrumpfen und verarmen. Der Fall Griechenland führt diese Logik eindringlich vor Augen.

Zum anderen verlängert Austeritätspolitik die auf Haushaltsdisziplin ausgerichteten kernalistischen Logiken der EU-Bürokratie und der nationalen Staatsapparate in die Ökonomie hinein. Sind keine Effekte der Sparpolitik erkennbar, werden grundlegende Korrekturen dadurch ausgeschlossen, dass die Behauptung aufgestellt wird, die Durchführung der vorgeschlagenen «notwendigen» Reformen sei unzureichend gewesen (vgl. die aktuelle Debatte zu Griechenland). Sie funktionieren nach dem einfachen Motto «mehr vom selben». Sie können zur Folge haben, dass ein grundlegendes politisches Unverständnis der ökonomischen Dynamiken einfach fortgeschrieben wird, obwohl dringend alternative Denkansätze entwickelt werden müssten. Um zu verstehen, weshalb nationalstaatliche, regionale und lokale Politiken reihenweise in *lock-ins*, d. h. in veralteten Vorstellungen vom Funktionieren «ihrer» Ökonomien in der Krise feststecken, muss die Forschung der Verquickung finanzmarktpolitischer und realökonomischer Restrukturierungsprozesse viel stärker Rechnung tragen als bisher. Erklärt werden muss hier insbesondere, weshalb es kaum politische Versuche zur Erzeugung produktiven Wachstums in den Peripherien gibt – etwa dadurch, dass angenommen wird, dass sich das Verhältnis von Politik zu Ökonomie trotz aller demokratischen und neoliberalen Rhetoriken faktisch als ein paternalistisch-dirigistisches präsentiert. Erneut liefert das Beispiel der EU-Interventionen (samt Troika-Besuchen) in Griechenland zur Logik des Verhältnisses von Politik und Ökonomie unter dem Einfluss der Finanzmärkte erstklassiges Anschauungsmaterial.

Die Kategorie «Ungleichheit» erlaubt es ferner, die Gewinner und Verlierer **nach** der Krise besser in den Blick zu nehmen. Ein genauerer Blick auf den «Gewinnerfall Deutschland» zeigt, dass die Finanzkrise unter bestimmten Bedingungen jeweils regionale und nationale Absatzbewegungen nach oben ermöglicht hat. Sie kommen hauptsächlich dadurch zustande, dass Austeritätspolitik durch gezielte Interventionen durchbrochen wird. Teils handelt es sich um klassische Instrumente des Wohlfahrtsstaats, z. B. Kurzarbeitergeld, das eingesetzt wird, um bedrohte Unternehmen bzw. Krisenbranchen staatlich zu stützen. Teils handelt es sich um frisch erfundene Instrumente der (keynesianisch inspi-

rierten) Nachfrageerzeugung durch den Staat (siehe die Kraftfahrzeugabwrackprämie, die als Konjunkturstimulans unverzüglich nach Ausbruch der Krise von der Bundesregierung lanciert wurde). Beide Instrumente hatten den gewünschten Effekt, die Exportbranchen zu stützen, sie durch die Krise zu führen und ihnen für die Nachkrisenzeit eine günstige Ausgangsposition zu verschaffen. Austeritätspolitik wurde, daran anknüpfend, vor allem den Steuerzahlenden und den politisch und/oder sozial Schwachen verordnet (z. B. durch die versteckte Plünderung der Rentenkassen oder die politische Abseignung der – Kleinsparer enteignenden – Geldmengen- und Zinspolitik der EZB).

All diesen Anforderungen an eine überzeugende Krisenforschung können die Regionalwissenschaften vermutlich nicht sofort – und vor allem nicht vor dem Hintergrund des bestehenden Theoriedefizits – in wünschenswerter Breite und Tiefe gerecht werden. Wir begnügen uns denn vorläufig auch mit einigen Fingerzeigen auf wichtige, zum Teil vernachlässigte Krisenphänomene und aussichtsreiche Wege zu ihrer theoretischen Erklärung. Die Beiträge in diesem Sonderheft möchten wir als Anregung zur einschlägigen Spurensuche in einem erstaunlicherweise noch immer wenig erkundeten Terrain verstanden wissen. Dabei ist uns bewusst, dass aus dem aktuellen Forschungsstand heraus nicht sofort zielgerichtete oder gar umfängliche Vorstöße zur Abmilderung der von uns oben angesprochenen Defizite (mangelnde Berücksichtigung der Kategorie «Region» und fehlende Theoriearbeit) erfolgen können. Wir hoffen jedoch, dass aus der Gegenüberstellung singulärer Praxisschilderungen und der allgemeinen Notwendigkeit zur Entwicklung theoretisch fundierter Fragestellungen längst überfällige Anstöße für politische und regionalwissenschaftliche Debatten entstehen werden. In diesem Sinne soll die nachfolgende perspektivische Einführung in die Einzelbeiträge zum nochmaligen kritischen Nachdenken über vermeintlich Bekanntes oder Selbstverständliches anregen.

Im Beitrag von *Michael Dauderstädt* geht es um Ungleichheiten in Europa, gemessen vornehmlich am Pro-Kopf-Einkommen der verschiedenen Länder. Für den Zeitraum 1999–2012 (mit besonderer Berücksichtigung der Krise 2007–2009) unterscheidet Dauderstädt drei Ländergruppen. Der «reiche Nordwesten» bewahrt im wesentlichen seinen Vorsprung gegenüber dem leicht aufholenden «armen Mittelosteuropa». Die «ärmere Süd-Peripherie» liegt im Pro-Kopf-Einkommen 2012 nur noch knapp vor dem armen Ostmitteleuropa, was maßgeblich an den im Süden besonders stark durchschlagenden Folgen der Finanzkrise liegt. Bei der Betrachtung von Regionen ist das wohl wichtigste Ergebnis, dass die Ungleichheit innerhalb der einzelnen Länder stark zugenommen hat. Um die Krisenfolgen besser bewältigen zu können, spricht sich der Autor für eine andere Einkommensverteilung und ein dadurch bewirktes Konsumwachstum aus.

Michael Mießner geht in seinem Beitrag der Frage nach, ob sich die raumwirtschaftlichen Ungleichheiten in Deutschland im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise nach 2007 verändert haben. Er zeigt, dass sich die bestehenden Disparitäten zwar unmittelbar nach der Krise verringert, nach 2009 jedoch wieder zugenommen haben. Dies hat zwei Gründe: *Erstens* schlug die Krise in Regionen mit stark exportorientierten Unternehmen wegen des weltweiten Konjunkturreinbruchs und des damit zusammenhängenden Einbruchs der Nachfrage nach deutschen Produkten unmittelbar auf diese Regionen durch. Nach dem erneuten Anspringen der Weltwirtschaft konnten sich diese Regionen jedoch schnell wieder von der Krise erholen. Die ländlich-peripheren und kaum exportgestützten Re-

gionen, die sich allerdings auch durch geringe wirtschaftliche Stärke auszeichnen, hatten hingegen leichte Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts zu verzeichnen.

Zweitens zeigt Michael Mießner am Beispiel des Indikators der Beschäftigung in den Finanzdienstleistungen, dass der Grad der Finanzialisierung einer Region für die Krisenanfälligkeit wirtschaftsstarker Regionen verantwortlich war. Regionen, die sowohl durch exportorientierte Industrien als auch durch einen hohen Anteil an Beschäftigten in den Finanzdienstleistungen gekennzeichnet waren, wurden von der Krise vergleichsweise hart getroffen – und erholten sich im Vergleich zu lediglich exportgestützten Regionen nach 2009 schlechter von den wirtschaftlichen Problemen. Die Frage, inwieweit diese Entwicklung als Bedeutungszuwachs des Finanzkapitals für die regionale Entwicklung interpretiert werden kann, sollte zukünftig stärker von der Forschung in den Blick genommen werden.

Verringerung regionaler Ungleichheiten durch mehr Wirtschaftswachstum dank eines größeren Binnenmarktes – das war lange Zeit die Botschaft, mit der Politiker wie Ökonomen den supranationalen Zusammenschluss zur EU lobten und rechtfertigten. Wie zur Bekräftigung dieses Versprechens an die weniger entwickelten armen Regionen, doch an dem Projekt EU teilzunehmen, entwickelte die EU umfangreich ausgestattete Regionalpolitiken, die sie mit den Titeln Konvergenz und Kohäsion versah. In regelmäßigen Abständen ließ sich die Politik über die Veränderungen in den regionalen Disparitäten berichten, um den Nutzen ihrer Strukturfondspolitik zu begutachten. Und wenn es die Daten erlaubten und Fortschritte im Abbau von regionalen Ungleichheiten anzeigten, nahm es die Politik gern als Bestätigung ihres Versprechens: Das EU-Projekt nützt allen, auch den Ärmern.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise stürzte jedoch viele, nicht nur griechische, Regionen in die Krise und erklärte die Strukturfondspolitik für überflüssig oder gar hinderlich für das wirtschaftliche Wachstum. Die wachsenden Ungleichheiten sind alltägliches Thema. Wie reagiert die EU mit ihrer Strukturfondspolitik auf diese Situation? Bekräftigt sie ihre Botschaft, interveniert sie mit einer Regionalpolitik, die verstärkt und vorrangig den von Arbeitslosigkeit und Armut am stärksten betroffenen Regionen hilft? *Katharina Bodirsky* geht der Frage nach, ob und in welcher Weise die EU ihre räumliche Strukturfondspolitik seit Beginn der Krise bzw. mit der neuen, ab 2014 laufenden Förderperiode verändert hat. Sie vergleicht die Ziele und Mittel der gegenwärtigen mit der vorherigen Förderperiode. Und sieht – trotz heftiger Krise – keine grundlegende Veränderung, sondern eine enttäuschende, nahezu nahtlose Fortsetzung. Hat die EU beziehungsweise haben die tonangebenden EU-Staaten ihre frühere Botschaft vergessen oder wegen der «Sachzwänge» auf den «Märkten» aufgeben müssen? War Konvergenz vielleicht gar kein ernsthaftes sachliches Ziel? Verlangt die Dominanz der Finanzmärkte eine ganz andere Regionalpolitik, weil die Regionalentwicklung nach anderen «Gesetzen» verläuft? Oder ist die von Katharina Bodirsky identifizierte regionalpolitische Antwort der EU auf die Krise die konsequente – und zynische – Verfolgung des eigentlichen Zwecks der Konvergenz- und Kohäsionspolitik? Für Antworten darauf mangelt es an empirischen Studien, aber mehr noch an einer theoretischen Aufarbeitung der Rolle des Finanzkapitals in der Regionalentwicklung.

Wie um die Forderung nach stärkerer Berücksichtigung des Regionalen scheinbar Lü-

gen zu strafen, stellt *Stefan Padberg* seinen Beitrag zur neoliberalen Politik in der Stadt Madrid unter das Motto «städtische Restrukturierung und Krisenbetroffenheit». Jedoch wird schnell deutlich, dass er hier exemplarisch auf die südeuropäische Variante der Verknüpfung von Finanzmarktkrise und vorangegangenen bzw. begleitend fortgesetzten neoliberalen Politiken eingeht. Einer Metropole, die bereits vor der Krise von zunehmenden Arbeitsmarktproblemen, Beschäftigungsabbau, sozialen Polarisierungen und Kürzungen öffentlicher Ausgaben gekennzeichnet war, widerfuhr mit dem Platzen der spanischen Immobilienblase und dem weiteren Rückzug von Staat und Kommune aus notwendigen Hilfsmaßnahmen eine entscheidende Schwächung. Das aus älteren Globalisierungsprozessen und aufsattelnden Schüben der Neoliberalisierung der Stadtpolitik resultierende Grundmuster der dualen Stadt wurde durch den doppelten Kriseneffekt des ökonomischen Einbruchs und des kollabierenden Immobilienmarktes verfestigt. Die Ausweglosigkeit der sozialen und ökonomischen Spaltung, die darin faktisch und symbolisch zum Ausdruck kam, lässt einerseits die mangelnden stadtpolitischen Interventionen verständlich werden – als Kapitulation vor einer immer weniger zu bewältigenden städtischen Generalkrise. Andererseits liefert sie auch Ansatzpunkte für eine umfassende politische Apologie, die wesentlich über das neoliberale «Wer sich nicht selbst helfen kann, dem ist auch nicht mehr zu helfen» hinausgeht. Sie verordnet den Akteuren Selbstbeschränkung, ohne ihnen Vorschläge oder Unterstützung zur Krisenbewältigung zu liefern. Dieses universelle Moment der umstandslosen Entlassung der Akteure in die Depression der Post-Krise weist eindeutig über den lokalen Kontext hinaus und fordert zu Überlegungen über allgemeine Dispositionen subnationaler Politiken in Phasen der Krisenbewältigung (oder auch nur des Stillhaltens nach der Krise) heraus. Wer diese Überlegungen in Richtung der neuen, zentrenorientierten Regionalpolitiken oder der verstärkten Abkopplung der Regionen von metropolitanen Entwicklungen weiter denken möchte, sollte sich ausdrücklich ermuntert fühlen.

Der Beitrag von *Stefan Gärtner* befasst sich mit dem dezentralen Bankensystem in Deutschland und den davon ausgehenden räumlichen Wirkungen. Seit der Finanzkrise konnten die dezentralen Banken ihre Marktanteile zuungunsten der zentralen Banken ausweiten und mittlerweile deutlich mehr Kredite vergeben. Räumlich gesehen, können dezentrale Banken einer mangelhaften Kreditversorgung von Unternehmen in strukturschwachen peripheren Regionen entgegenwirken. Aktuell und zukünftig sieht sich allerdings das dezentrale Bankensystem in Deutschland etlichen Herausforderungen gegenübergestellt: zunehmender Wettbewerb, deutlich verringerte Zinsspannen im Gefolge der Niedrigzinspolitik der EZB, hoher Personalaufwand in den Regionen, eine besondere Betroffenheit in demographisch stark schrumpfenden und alternden Regionen und ein Rückgang der Spareinlagen durch sinkendes Rentenniveau. Gärtner erwartet von den dezentralen Banken Konzepte, mit denen sie diesen Herausforderungen begegnen können.

Hans-Joachim Bürkner ist Professor für Wirtschafts- und Sozialgeographie an der Universität Potsdam und am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner. Wichtige Arbeitsschwerpunkte liegen in der Grenzraumforschung und der kritischen Europaforschung. Seine aktuellen Forschungsinteressen gelten den Inklusions- und Exklusi-

onsmodi europäischer Regionen unter dem Einfluss der jüngeren Geopolitik sowie den regionalen Folgen der EU-Krise.

Hans-Dieter von Frieling ist Wirtschaftsgeograph und ehemaliger Mitarbeiter am Geographischen Institut der Universität Göttingen. Sein Forschungsinteresse gilt den Ursachen und Formen regional ungleicher Entwicklung sowie dem Zusammenhang von Wohnungsmarkt und räumlich sozialer Segregation.

Wolfgang Krumbain, Prof. für Politikwissenschaft i. R., Direktor des Instituts für Regionalforschung e. V. Göttingen. Arbeitsschwerpunkte; Regionalentwicklung, Kapitalismustheorie und Standortdebatten. Letzte Veröffentlichung: Krumbain u. a.: Finanzmarktkapitalismus? Zur Kritik einer gängigen Kriseninterpretation und Zeitdiagnose. Marburg 2014.

Michael Mießner studierte Geographie, promoviert derzeit am Institut für Humangeographie Frankfurt am Main und lehrt am Geographischen Institut Göttingen. In seiner Dissertation erforscht er die raumordnungspolitischen Krisenreaktionen in der BRD. Sein weiteres Forschungsinteresse gilt den räumlichen Auswirkungen der jüngsten Wirtschaftskrise und den aktuellen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt.

Literatur

Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Ad-hoc-Arbeitskreis «Wirtschaftskrise und Regionalentwicklung» (2010): Regionalpolitik im Lichte der Wirtschafts- und Finanzkrise. Hannover (Positionspapier aus der ARL, 82). Online verfügbar unter http://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/pospaper_82.pdf, zuletzt geprüft am 4. 6. 2015.

Becker, Joachim (2011): EU: Von der Wirtschafts- zu Integrationskrise. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung 85: 10–30.

Becker, Joachim, Johannes Jäger (2009): Die EU und die große Krise. In: Prokla 4: 541–558.

Belina, Bernd (2011): Kapitalistische Raumproduktionen und ökonomische Krise. Zum Begriff des *spatial fix* bei David Harvey. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 4: 239–252.

Blanchard, Olivier (2015): Der Euro wird das überleben. Interview mit dem Chefvolkswirt des IWF. In: Handelsblatt, 28. 5. 2015.

Benner, Maximilian (2013): From smart specialisation to smart experimentation: Towards a new theoretical framework for EU regional policy. University of Heidelberg. Munich (MPRA Paper, 51843). Online verfügbar unter http://mpra.ub.uni-muenchen.de/51843/1/MPRA_paper_51843.pdf, zuletzt geprüft am 12. 3. 2015.

Brand, Stephan (2015): Paradigmenwechsel in der Kommunalfinanzierung – der lange Schatten der Finanzkrise. In: Wirtschaftsdienst 1: 51–55.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.) (2011): Themenheft «Regionale Auswirkungen der Wirtschaftskrise». Informationen zur Raumentwicklung, 2. 2011.

Donald, Betsy et al. (2014): Austerity in the city: economic crisis and urban service decline? In: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society 1: 3–15.

European Commission (2014): National/regional innovation strategies for smart specialisation (RIS3): Cohesion Policy 2014–2020. Brussels. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/informat/2014/smart_specialisation_en.pdf, zuletzt geprüft am 10. 2. 2015.

Harvey, David (1978): The urban process under capitalism. In: International Journal of Urban and Regional Research 1: 101–131.

Heinze, Rolf G. (2013): Sozioökonomische Verunsicherungen und Schuldenkrise des Staates als Hintergrund für postdemokratische Tendenzen. In: M. Maletzky et al. (Hrsg.): Arbeit, Organisation und Mobilität. Eine grenzüberschreitende Perspektive. Frankfurt a. M.: Campus. S. 272–290.

Lehndorff, Steffen (2012): Man spricht deutsch: Eine trügerische Erfolgsgeschichte. In: Prokla 1: 7–28.

Klus, Sebastian (2013): Die europäische Stadt unter Privatisierungsdruck. Konflikte um den Verkauf kommunaler Wohnungsbestände in Freiburg. Wiesbaden: Springer VS.

Korte, Josef (2013): Catharsis – The real effects of bank insolvency and resolution. Deutsche Bundesbank Frankfurt/M. (Deutsche Bundesbank Discussion Paper, 21/2013). Online verfügbar unter www.bundesbank.de/Redaktion/EN/Downloads/Publications/Discussion_Paper_1/2013/2013_06_07_dkp_21.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 6. 6. 2015.

Peck, Jamie (2012): Austerity urbanism: American cities under extreme economy. In: *City* 6: 626–655.

Rosenfeld, Martin T. W. (2009): Die Kommunen in der Finanzkrise: Kurzfristig Gewinner, langfristig Verlierer. In: Themenheft: Weltfinanzkrise. IWH. Halle (Wirtschaft im Wandel). S. 43–47. Online verfügbar unter www.iwh-halle.de/d/publik/wiwa/1TH-09.pdf, zuletzt geprüft am 6. 6. 2015.

Schamp, Eike W. (2012): Die Finanzkrise und ihre Folgen für die Metropolregion Rhein-Main. In: J. Monstadt et al. (Hrsg.): *Die diskutierte Region. Probleme und Planungsansätze der Metropolregion Rhein-Main*. Frankfurt/M., New York: Campus. S. 43–62.

Internetquellen

Österreichischer Städtebund (2009): Auswirkungen der Finanzkrise auf die Kommunen. www.staedtebund.gv.at/gemeindezeitung/oegz-beitraege/oegz-beitraege-details/artikel/auswirkungen-der-finanzkrise-auf-die-kommunen.html, zuletzt geprüft am 6. 6. 2015.

Tagung Urban Austerity 2014: www.uni-weimar.de/de/architektur-und-urbanistik/institute/ifeu/forschungresearch/urban-austerity/, zuletzt geprüft am 6. 6. 2015